

Schuldenpolitik auf Kosten der Zukunft

EWS-Wirtschaftsgespräche am Tegernsee diskutierten die Folgen der Schuldenorgie der neuen Bundesregierung

Bei den EWS-Wirtschaftsgesprächen „Politik in Zeiten knapper Kassen – wie wir Wachstum und Wohlstand in Deutschland und Europa sichern“ am 16. Oktober 2025 am Tegernsee schenkte Bundesrechnungshof-Präsident Kay Scheller reinen Wein ein: Mit ihrer schuldenfinanzierten Politik im historischen XXL-Format setzt die Bundesregierung die finanzielle Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik aufs Spiel.

Zu Beginn der Wirtschaftsgespräche nahm der EWS den BdSt.-Präsidenten Reiner Holznagel als Ehrensensator auf. Und der nutzte seine kurze Danksagung für ein glasklares Plädoyer für einen sorgsamen Umgang des Staates mit Steuergeld: „Wir alle wollen, sollten und müssen Steuern zahlen, damit unsere Demokratie funktionieren kann. Aber wir können von unserem Staat erwarten, dass er mit dem Geld sorgsam, nachhaltig und weitblickend umgeht.“ Das zu überwachen, sei Aufgabe des Bundesrechnungshofs und des Bundes der Steuerzahler.

Holznagel: „Drei Punkte sind mir wichtig: Niemand sollte mehr Steuern zahlen, als er wirklich muss, wie es auch der Bundesfinanzhof¹ formuliert hat. Zweitens sollte niemand Steuern für Zinsen zahlen müssen – also für Schulden, die in der Vergangenheit aufgenommen wurden. Drittens möchte niemand Steuern zahlen und zusehen müssen, wie sein Geld verschwendet wird. Deshalb beschäftigen wir uns auch mit dem Thema Steuergeldverschwendung, decken hier die Strukturen auf und benennen die Verantwortlichkeiten.“ Wer mit öffentlichem Geld umgehe, müsse das mit Demut tun. „Schließlich handelt es sich um Ihr Geld, das Sie mit Ihrer Arbeit verdient haben.“



Im Rahmen seiner diesjährigen Wirtschaftsgespräche am Tegernsee nahm der EWS Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland e. V. (BdSt.), als Ehrensensator auf. Die Urkunde überreichten EWS-Präsident Dr. Ingo Friedrich, EWS-Aufsichtsratsvorsitzender Rolf Baron von Hohenhau und EWS-Geschäftsführer Michael Jäger (von links nach rechts).

Steigende Zinslasten engen die finanzielle Handlungsfähigkeit stetig ein

Inmitten des Berliner Regierungsviertels tickt seit 30 Jahren unermüdlich die BdSt.-Schuldenuhr. Ihr zufolge nimmt der Bund aktuell pro Sekunde 5.085 Euro neue Schulden auf – obwohl der deutsche Fiskus im Jahr 2025 mit etwa 1 Billion Euro mehr denn je Steuergeld von seinen Bürgerinnen und Bürgern vereinnahmt hat.

¹ Der Bundesfinanzhof ist der oberste Gerichtshof des Bundes für Steuern und Zölle.

Parallel zur wachsenden Staatsverschuldung steigt die Zinslast des Bundes dramatisch an: auf inzwischen 1.503 Euro pro Sekunde. Geld, das sinnvoller verwendet werden könnte. Zum Beispiel für Investitionen in unsere Schulen oder in unsere Infrastruktur. Holz Nagel: „Als Bund der Steuerzahler setzen wir uns für eine seriöse, nachhaltige Haushaltspolitik ein.“ Der Bundesfinanzminister solle mit dem auskommen, was er einnimmt.

Bundesrechnungshof-Präsident Kay Scheller knüpfte nahtlos an Holz Nagels Gedanken an: „Grundsätzlich ist genug Geld da – jedenfalls viel Geld, wie die aktuellen Steuereinnahmen zeigen. Seit der Gründung der Bundesrepublik vor 75 Jahren gab es eine Konstante: Wir Bürgerinnen und Bürger konnten uns stets auf die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Staates verlassen. Vor allem auf die des Bundes. Doch heute fragen sich viele Menschen, ob das nach wie vor so ist.“

Unzureichende Haushaltsvorsorge und ineffiziente Strukturen

Scheller legte den Finger schonungslos in die Wunde. „Ich glaube, ich kann die aktuelle Lage in Deutschland mit einem Satz beschreiben: Historische Herausforderungen treffen auf eine unzureichende Haushaltsvorsorge und vielfach auf ineffiziente Strukturen.“ Rechtsstaaten müssten in ihren Kernaufgaben handlungsfähig sein – unter anderem Schutz und Verteidigung der Grundrechte und Freiheit ihrer Bürgerinnen und Bürger, innere und äußere Sicherheit, Schutz vor Bedrohung von außen und von innen, soziale Sicherung, Rahmenbedingungen für eine funktionierende und prosperierende Wirtschaft schaffen sowie eine leistungsfähige Infrastruktur bereitstellen. „Dann vertrauen die Menschen auf den Staat. Für die Legitimation demokratischer Staaten ist das essenziell wichtig“, so Scheller.

Doch die Realität in unserem Land sei heute in vielen Bereichen eine andere: Unter anderem habe unser Land seine Verteidigungsfähigkeit aufs Spiel gesetzt, seine Verkehrsinfrastruktur jahrzehntelang auf Verschleiß gefahren und die Finanznot in der Alterssicherung mit den Leistungserweiterungen der vergangenen Jahre noch verstärkt. In Kombination mit dem Fachkräftemangel, der mangelhaften Digitalisierung und der seit Jahren rückläufigen Wertschöpfung führe das alles zu erheblichem Transformationsdruck.



Kay Scheller, Präsident des Bundesrechnungshofs: „Jede Generation hat ein Recht auf die eigene Gestaltung ihrer Politik. Eine Schuldenbremse ist in diesem Sinne regelrecht freiheitsfördernd.“

Schuldenanstieg wie nie zuvor

2019 betrug das Ausgabenvolumen des Bundes 357,1 Mrd. Euro. Laut Finanzplan des Bundes für die Jahre 2025 bis 2029 springt es zum Ende dieses Zeitraums voraussichtlich auf 572,1 Mrd. Euro. Rechnet man die mit dem Begriff „Sondervermögen“ verharmlosten Sonderschulden – sie sind nichts anderes als Kredite außerhalb des Kernhaushaltes – hinzu, sehen die Zahlen noch dramatischer aus: Bereits für 2026 plant der Bundeshaushalt Gesamtausgaben in Höhe von insgesamt 630 Mrd. Euro. Ein Anstieg um nahezu drei Viertel binnen lediglich sieben Jahren (2019 bis 2026).

Die Einsparbemühungen der Bundesregierung dagegen seien wenig ambitioniert – weder bei den Ausgaben für Verwaltung noch bei Förderprogrammen oder bei Stelleneinsparungen. „Stattdessen verschuldet sich Deutschland in einer noch nie dagewesenen Dimension“, stellte Scheller fest. Allein von 2025 bis 2029 werde der Schuldenstand des Bundes um voraussichtlich 850 Mrd. Euro auf 2,7 Billionen Euro steigen – also um 45 %.

Der Preis dafür sind hohe Zinsverpflichtungen. Scheller nannte konkrete Zahlen, die auf dem ursprünglichen Entwurf für den Bundeshaushalt 2026 basierten: In der Niedrigzinsphase betragen die Zinsausgaben des Bundes für die Finanzierung der Bestandsschulden etwa 4 Mrd. Euro. Aktuell liegen sie bei 34 Mrd. Euro. Bis 2029, also in den kommenden vier Jahren, werden die jährlichen Zinsausgaben auf mehr als 66 Mrd. Euro steigen und sich damit noch einmal nahezu verdoppeln. Das heißt, die Zinsquote im Bundeshaushalt 2029 wird voraussichtlich fast 12 % betragen. Mit anderen Worten: 12 % des Bundeshaushalts müssen für die Kreditfinanzierung aufgebracht werden – bei einem Bundeshaushalt, der ohnehin schon zu etwa 90 % versteinert ist, weil er gesetzliche Pflichten zu bedienen hat. Scheller: „Das ist keine Schwarzmalerei, sondern der Blick auf die Fakten. Nachzulesen alles im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2026.“

Hinzu kommen die Schulden der Bundesländer, der Kommunen und in der Sozialversicherung. Sie summieren sich auf etwa 800 Mrd. Euro. Kurz: Die Bestandsschulden der Bundesrepublik Deutschland belaufen sich auf insgesamt etwa 3.500 Mrd. Euro. Aus Sicht des Präsidenten des Bundesrechnungshofs ist Deutschland im Begriff, seine finanzielle Handlungsfähigkeit zu riskieren.

Von Tilgung der Schulden des Bundes werde gar nicht gesprochen. Vielmehr handele es sich bei ihnen sozusagen um Ewigkeitslasten, die stets nur umgeschuldet werden.

Die Schuldenbremse ist nicht die Ursache für den Reformstau

„Die 2009 geschaffene Schuldenbremse ist für die Situation definitiv nicht verantwortlich“, erklärte Scheller. Vielmehr seien es stets politische Entscheidungen gewesen, die Investitionen im Bund, in den Ländern und in den Kommunen beschränkt haben. Man habe konsumtiven Ausgaben stets den Vorrang eingeräumt.

Die Schuldenbremse atme mit der konjunkturellen Entwicklung und erlaube in Krisenzeiten eine höhere Kredit- und Schuldenaufnahme. „In der „Schönwetterphase“ von 2010 bis 2019 hat sie eine Trendwende ermöglicht, so dass die Schuldenstandquote hierzulande in Richtung 60 % tendierte. Und sie hat zu niedrigen Zinsen für Deutschland und die EU beigetragen, indem sie die Position Deutschlands als Stabilitätsanker und sicherer Hafen im EU-Währungsgebiet gestärkt hat. Aus meiner Sicht hat sich die Schuldenbremse bewährt“, so Scheller. „Als Bundesrechnungshof sind wir der Überzeugung, dass eine wirksame Schuldenbremse auch in Zukunft ein zentraler Faktor einer soliden und nachhaltigen Staatsfinanzierung sein muss.“ Alle Gebietskörperschaften sollten in der Lage sein, ihre Kernaufgaben auch ohne übermäßige Schulden zu schultern – erhalten langfristig tragfähige Finanzen doch die gestalterischen Spielräume.

Die Schuldenbremse garantiert die finanzielle Handlungsfähigkeit künftiger Generationen

„Jede Generation hat das Recht auf ihre eigene Gestaltung der Politik, ein Recht darauf, handlungsfähig zu sein. Die Schuldenbremse ist regelrecht freiheitssichernd“, formulierte Scheller seine Überzeugung. Ihre Schwachstelle seien die Umgehungsmöglichkeiten. Aktuell gelte das für die kreditfinanzierten „Sondervermögen“. So lagert die Bundesregierung Sonderbedarfe für unter anderem die Verteidigung oder die Infrastruktur aus dem Kernhaushalt aus und nimmt hierfür neue Schulden auf. Damit entsteht Luft im Bundeshaushalt. „Die Politik macht davon regen Gebrauch. Die Praxis zeigt, dass



EWS-Wirtschaftsgespräche am 16. Oktober 2025 am Tegernsee: Die Sorge um die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Staates nimmt zu.

mindestens ein Teil dieser finanziellen Spielräume für konsumtive Zwecke verbraucht wird. Zudem müssen diese Projekte nach Auslaufen der Sondervermögen wieder aus dem Kernhaushalt finanziert werden, was hier die Gestaltungsmöglichkeiten weiter einschränkt.“

On top kommt im Jahr 2025 eine Besonderheit: die zeitlich und nach oben nicht limitierte Ausnahmeregelung für Verteidigung und Sicherheit. Sie sieht vor, dass Verteidigungsausgaben, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts übersteigen, über Kredite finanziert werden können. Scheller: „Die damit verbundenen Fehlanreize sind jetzt schon erkennbar, da die Regierung versucht, möglichst viele Ausgaben in diese Ausnahmeregelung einzubeziehen.“

Letztlich sei Haushaltspolitik eine Frage der Priorisierung. Ihre Aufgabe sei es zu definieren, was Vorrang haben soll. Doch die Politik drücke sich um diese Entscheidung – zu Lasten der künftigen Generationen. Im Ergebnis sei stetig mehr Geld in den konsumtiven Bereich geflossen. Die Schuldenbremse schiebe dem einen Riegel vor.

Wirkungsvolles Handeln statt höherer Ausgaben

Die Bundesregierung müsse dringend auch die funktionale Wirksamkeit des Verwaltungshandelns in Deutschland verbessern. Scheller wiederholte eine Forderung seiner Behörde: Der Bund soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und den Ländern und Kommunen all jene Aufgaben überlassen, für die sie verantwortlich sind. „Aufgaben und Finanzverantwortung gehören stets in eine Hand“, so der Präsident.

Eine erhebliche Wachstumsbremse seien auch die analogen Prozesse in der Verwaltung. An ihrer Digitalisierung führe kein Weg vorbei. Unter anderem müsse auch das Online-Zugangsgesetz erheblich schneller umgesetzt werden.

Die Bundesregierung hofft, mit ihrer Schuldenpolitik die Wirtschaftskraft Deutschlands so stärken zu können, dass unser Land aus den Schulden herauswachsen kann. Dafür müsste sie aber auch den Haushalt konsolidieren, konsequent die Bürokratie abbauen sowie das Steuerrecht grundlegend verschlanken und vereinfachen. Damit einhergehend könnte sie Leistungsanreize für Arbeit und Investitionen schaffen – und so Wachstum generieren.

Johannes Maruschzik
Repräsentant des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS)
j.maruschzik@eu-wirtschaftssenat.eu
Mobil +49 151 1955 7472

In Kooperation mit
Glasshouse – Studies on a New Economy